FREIBERUFLER-TICKER vom 22. Juli 2022

1. Bundesregierung: Kammern und Selbstverwaltung zeit- und sachgemäß

Dies antwortete die Bundesregierung (20/2735) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (20/2428). In der Antwort heißt es: „Die Bundesregierung hält das Kammerwesen sowie das System der funktionalen Selbstverwaltung für zeitgemäß und sachgerecht.“ Überdies sieht die Bundesregierung für eine Änderung des geltenden Rechts keine Veranlassung. Das antwortende Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz stellt fest: „Das Kammersystem dient legitimen öffentlichen Aufgaben.“ Weiter heißt es: „Die funktionale Selbstverwaltung der Kammern mit gesetzlicher Pflichtmitgliedschaft hat sich in Deutschland in langer Tradition bewährt. Der Gesetzgeber hat die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern sowie die Kammern der Freien Berufe als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit einer Vielzahl hoheitlicher Aufgaben betraut. Dazu gehören u. a. die Berufsaufsicht, die Durchführung von Berufsexamen, Fortbildungsmaßnahmen, Sach- und Fachkundeprüfungen. (…) Die Schaffung staatsunmittelbarer Strukturen und Einrichtungen – z. B. neuer Berufsaufsichtsbehörden – anstelle des Kammersystems würden nach Einschätzung der Bundesregierung zudem höhere Kosten für die Betroffenen nach sich ziehen.“

2. Öffentliche Investitionsbedarfe zur Erreichung der Klimaneutralität

Die öffentlichen Investitionsbedarfe zur Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 lassen sich auf knapp 500 Milliarden Euro schätzen, was jährlichen Klimaschutzinvestitionen von durchschnittlich rund 20 Milliarden Euro entspricht. Die größten staatlichen Bedarfe werden in den Sektoren Energie (297 Milliarden Euro), Verkehr (137 Milliarden Euro) und bei den Gebäuden (47 Milliarden Euro) anfallen. Diese Beträge sind in den öffentlichen Haushalten durchaus finanzierbar, stellen aber immerhin eine Versechsfachung des gegenwärtigen Investitionsniveaus dar. Das teilte die KfW am 19. Juli 2022 mit. Ihr Fazit: „Ohne eine stringente Anpassung der Zuständigkeiten, Finanzströme und Kompetenzen zwischen den föderalen Ebenen Bund, Länder und Kommunen wird es kaum möglich sein, die nachhaltige Steigerung der erforderlichen Klimaschutzinvestitionen in Angriff zu nehmen.“

3. Studie der Bertelsmann Stiftung zur Berufswahl von Jugendlichen

Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung vom Ende vergangener Woche kommt die Mehrheit aller Jugendlichen mit den vielen Informationen zum Thema Berufswahl nur schwer zurecht. Weitere knapp 40 Prozent schätzen die Unterstützung bei der Berufsorientierung als ausreichend aus. Für knapp die Hälfte der Jugendlichen stellen die Gespräche mit Lehrkräften, Ausbilderinnen und Ausbildern und Berufsberaterinnen und Berufsberatern die wichtigsten Informationsquellen dar. Erst danach folgen mit 40 Prozent Informationen, die sie sich selbst anlesen und mit ebenfalls 40 Prozent Praktikumsplätze. Die meisten Jugendlichen verlassen sich auf die Ratschläge ihrer Eltern, wenn es um die Berufswahl geht. Dabei gilt bei Jugendlichen mit

niedriger Schulbildung, dass nur 61 Prozent der Befragten von den Eltern unterstützt werden. Bei diesen Jugendlichen liegt der Anteil derer, die sich durch die Berufsberatung der Arbeitsagentur unterstützt sehen, bei 51 Prozent. Des Weiteren wissen die allermeisten Jugendlichen Bescheid, wo sie sich über Berufe orientieren können. Das Berufsinformationszentrum der Bundesagentur für Arbeit kennen 65 Prozent der Befragten, dahinter folgt planet-beruf.de mit 38 Prozent. Dies sind die Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, für die das Institut iconkids & youth bundesweit 1.666 Jugendliche befragte.

4. Unternehmen und Digitalstrategie

Fast jedes fünfte Unternehmen (18 Prozent) gibt an, eine Chief-Digital-Officer-Stelle besetzen oder einrichten zu wollen. Bereits vorhanden ist eine solche Position in 19 Prozent der Unternehmen. Das ist das Ergebnis einer Befragung von Unternehmen ab 20 Beschäftigten für den Digitalverband Bitkom, deren Ergebnisse am 19. Juli 2022 veröffentlicht wurden. Grundsätzlich geht die große Mehrheit der Unternehmen die Digitalisierung inzwischen strategisch an. 13 Prozent haben noch keine Digitalstrategie. Vor einem Jahr waren 16 Prozent und 2019 26 Prozent der Unternehmen in Sachen Digitalisierung strategiefrei unterwegs. Rund jedes dritte Unternehmen (34 Prozent) hat aktuell eine zentrale Digitalstrategie, weitere 52 Prozent haben in einzelnen Unternehmensbereichen Strategien zur Digitalisierung.

5. Konzept der Bundesregierung für einen Digitalcheck

Um ein Konzept der Bundesregierung für einen Digitalcheck geht es in der Antwort der Bundesregierung (20/2736) auf eine Kleine Anfrage. Wie in der Kleinen Anfrage erwähnt, nahm der Deutsche Bundestag am 12. Mai 2022 einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates in der Fassung des zuständigen Ausschusses an. Demnach wurde dem Nationalen Normenkontrollrat ab dem 1. Januar 2023 auch eine Überprüfungskompetenz darüber eingeräumt, inwieweit die Möglichkeiten der digitalen Ausführung neuer Regelungen geprüft wurden (Digitalcheck). Wie die Bundesregierung weiter ausführt, befindet sich ein finales Konzept zu einem Digitalcheck innerhalb der Bundesregierung noch im Aufbau. Die federführende inhaltliche Zuständigkeit liege beim Bundesministerium des Innern und für Heimat. Des Weiteren schreibt die Bundesregierung, dass nahezu alle Ressorts Regelungsentwürfe vorbereiteten, würden sämtliche betroffenen Ressorts eingebunden werden. Zudem liege ein Grobkonzept eines Digitalchecks bereits vor, basierend auf den Erfahrungen aus den Digitalisierungslaboren des Onlinezugangsgesetzes aus dem Jahr 2020.

6. Termin: GA stellt Umfrageergebnisse zum „Modernen Staat“ vor

Im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft (GA), hier ist der BFB Gast, führt das Institut für Demoskopie Allensbach derzeit eine repräsentative Unternehmensumfrage zum Thema „Moderner Staat“ durch. Die Ergebnisse werden am

27. September 2022 ab 10:00 Uhr vorgestellt. Weitere Informationen folgen. Im Anschluss daran wird Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und derzeit Vorsitzender des GA, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung über die Ergebnisse der Umfrage diskutieren.

7. Banken bei KMU etwas strenger

Für mittelständische Unternehmen, die Kredite benötigen, wachsen die Schwierigkeiten; das meldete die KfW am 18. Juli 2022. Die KfW-ifo-Kredithürde stieg im zweiten Quartal nach einer Phase der Entspannung auf 20,8 Prozent an. In Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine haben sich die konjunkturellen Aussichten in Deutschland deutlich eingetrübt. Hohe Energiekosten und steigende Zinsen tragen bei den Banken zu mehr Vorsicht bei der Kreditvergabe bei. Davon sind KMU über nahezu alle Wirtschaftsbereiche hinweg betroffen. Eine Ausnahme bildet der Einzelhandel, dessen Geschäftsaussichten von der Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen profitiert haben dürften.